



Sechs Mal Ukraine

Schwierige Wege aus dem Krieg – zu einem gerechten oder prekären Frieden?

Dr. Klaus Olshausen

April 2025

Zusammenfassung

Die Ukraine steht weiter unter massivem Beschuss – militärisch, politisch und diplomatisch. Russland macht keinen Hehl aus seinem Ziel: vollständige Kapitulation Kiews und territoriale Gewinne. Trump-nahe Kräfte streben einen "Frieden" auf Kosten der Ukraine an – mit fatalen Folgen für Europa. Waffenstillstand ja – aber nicht um den Preis legitimer ukrainischer Ziele. Jetzt zählt politische Klarheit, strategische Konsequenz und mutige Solidarität mit der Ukraine. Es darf nicht bei der dürren Feststellung von Paris bleiben, sich gemeinsam für einen „soliden Frieden“ einzusetzen, bei dem jeder eigene Vorstellungen hat, was „solide“ ist.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Die vergangenen zwei Wochen brachten für die Ukraine täglich intensive Angriffe an der Front und im gesamten Luftraum. Russland machte einmal mehr deutlich, dass die militärische und geopolitische Niederlage der Ukraine und damit des freien Europa der Zweck bleibt. Außenminister Lawrow unterstrich den Kriegsverlauf mit der Aussage, dass es keinerlei Zugeständnisse bei besetzten Gebieten geben werde, und Putin unterstrich erneut, dass Gebiete von Donezk, Zaporizhja und Cherson vollständig von der Ukraine aufgegeben werden würden und betonte, dass auch Charkiv im Osten Mykolaiv im Süden „historisch russisches Land“ sei.

Und nach den Gesprächen in Paris zwischen den US-Repräsentanten und französischer Regierung unter Beteiligung von Großbritanniens und Deutschland tönte Wassili Nebensja, Ständiger Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen: Gespräche über einen Waffenstillstand in der Ukraine seien unrealistisch. Ein weiteres Signal, nachdem ein 4-Stunden Gespräch des US-Sondergesandten Steve Witkoff mit Präsident Putin in St. Petersburg keinen Weg zu einem bedingungslosen Waffenstillstand aufzeigen oder gar öffnen konnte, bestenfalls vermeintliche russische Gesprächsbereitschaft, um weiter kämpfen zu können.

Die vielfältigen Gespräche einer „Koalition der Willigen“, der „Ukraine Defense Contact Group“ (UDCG), des EU-Ukraine Association Council, des EU-AMin-Treffens und der Gespräche in Paris am Gründonnerstag drehen sich mehr und mehr um das von Trump artikuliert Interesse, „den Krieg zu beenden“. Deshalb ist es wichtig, noch einmal klarzustellen, wie die politischen Zwecke Russlands und die politischen Zwecke der Ukraine lauten und wie sie geopolitisch und völkerrechtlich einzuordnen sind.

Russland verfolgt mit seinem Angriffskrieg und seiner revisionistischen Kriegspolitik illegitime politisch-militärische Zwecke, die in den besetzten Gebieten schon genozidalen Charakter annehmen. Die Ukraine verteidigt legitime, völkerrechtlich geschützte politisch-militärische Zwecke, das gilt für alle zehn Punkte ihres schon im November 2022 vorgestellten Friedensplans. Bei allen Vorschlägen und Maßnahmen, „das Töten zu beenden“, muss man prüfen, ob und inwieweit der Aggressor zur regelbasierten Ordnung zurückgedrängt wird oder wie stark dem Verteidiger zugemutet wird, auf Teile seiner legitimen politischen Zwecke zu verzichten. Dass schon ein bedingungsloser Waffenstillstand, dem die Ukraine auf Trumps Druck zustimmte, dem Aggressor eigenständiges Handeln in den illegal annektierten Gebieten zugesteht, bedeutet die faktische Hinnahme illegitimer Eroberung.

Wenn es um mehr als die Unterstützungsschwüre bei Treffen westlicher Regierungen und ihrer Partner in unterschiedlichen Formaten geht, steht immer die Frage im Hintergrund, welche Art von Frieden, man will oder glaubt erreichen bzw. durchsetzen zu können.

Auch heute halten offizielle Dokumente die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine von 1991 als Basis für die Wiederherstellung der regelbasierten Ordnung fest. Daraus folgt für Timothy Snyder: „Frieden in Europa kann, ja, wird gelingen, wenn die Integrität der Ukraine wiederhergestellt wird, ein Erfolg für die Selbstbestimmung und die Gleichheit aller Staaten“; Maßnahmen, die eine große Mehrheit der Staaten in zwei Resolutionen der VN im März 2022 und Februar 2023 unterstützt und gefordert hat – ein Weg zu einem gerechten Frieden, der dauerhaft sein kann.

Aber die Regierungen und Teile der Bevölkerung, die ihr Handeln und die Unterstützung nicht daran orientierten, sondern Risikovermeidung vor das Erreichen legitimer Zwecke für die Ukraine und ein freies Europa setzten – und setzen, haben schon im Sommer 2022 die Wiederherstellung einer integren Ukraine für unrealistisch



gehalten und ein „Einfrieren des Konflikts“ gefordert. Und wer den russischen Imperialismus als auf die Ukraine begrenzt auffasste, hat vehement vertreten, man „dürfe sich den Zweck des Krieges nicht von der Ukraine ‚vorschreiben‘ lassen“. Und Trump und seine Administration, die diese Auffassung mit verzerrten und desinformativen Bildern und Behauptungen zur Basis ihrer Anstrengungen für ein Ende des Krieges machen, verbreiten, ja sogar, Selenskyj sei schuld am Krieg und dann noch Trumps Aussage, man fange "keinen Krieg gegen jemanden an, der 20-mal so groß ist wie man selbst und hoffe dann, dass dir jemand ein paar Raketen gibt".

Beide Aussagen exkulpierten Putin nicht nur von der Aggression, sondern sie fügten sich in ein Geschichtsbild, das Clausewitz mit der Aussage kennzeichnet: „Der Eroberer ist immer friedlich“ – und der Angegriffene soll „erdulden“, was dieser verlangt. All dies zeigt, Trump geht es nicht nur nicht um einen gerechten, dauerhaften Frieden zwischen der Ukraine und Russland für ein sicheres Europa, sondern um eine „Belohnung des Aggressors“, um mit Russland bilateral neue ökonomische und politische Beziehungen aufzubauen. Für die Ukraine bedeutet dies Unterjochung und Vasallentum, für das freie Europa große Unsicherheit und keine Eindämmung des imperial handelnden Russlands.

Bei dieser Lageentwicklung ist schwer zu erkennen, ob NATO-Generalsekretär Mark Rutte mit seiner ausgesprochenen Unterstützung von Trumps „push for peace“ bei seinem Besuch in Washington, mit seinen Aussagen nach der Tagung der NATO-Außenminister und auch seinem Besuch in Odessa wirklich glaubt, dass diese Gespräche den Krieg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden bringen. Denn US-Verteidigungsminister Pete Hegseth hat schon vor Beginn der Gespräche mit Gebietsabtretungen der Ukraine und der generellen Absage an eine NATO-Mitgliedschaft Fakten gesetzt.

Die Trump-Administration hat die Ukraine auch gezwungen, einem Waffenstillstand bedingungslos zuzustimmen und ihr einen Vertrag über die Nutzung von Bodenschätzen abgerungen. Alles steht nicht für die Basis eines gerechten und dauerhaften Friedens gegenüber einem Aggressor, der jeden Waffenstillstand mit weiteren Bedingungen verweigert und seine brutalen Angriffe fortsetzt.

Und so enden die ersten Gespräche der Administration mit Frankreich und Vertretern der Ukraine, Großbritanniens und Deutschlands am Gründonnerstag nach außen mit der dürren Feststellung, man werde sich gemeinsam für einen „soliden Frieden“ einsetzen, wobei jeder eigene Vorstellungen hat, was als „solide“ gelten kann.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen